

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 55 (1961)

Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : Regimewechsel in Amerika ; Was will Kennedy? ; Zwei Strömungen ; Die belgische Krise ; Der Weg Kubas ; Die neue Kongokrise : Nachtrag

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140546>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ren Veranstaltungen, Vorträgen, Kursen in den letzten 30 oder mehr Jahren und wurden immer wieder gestärkt und ermutigt durch sein klares, unbestechliches Urteil und seine gläubige Zuversicht auf den Sieg des Guten und Echten. In den Kämpfen um die Orientierung der «Neuen Wege» stand er treu und ohne Schwanken zu uns, in dem freien und weiten Geist der «Revolution Christi», in dem Leonhard Ragaz gewirkt und gekämpft hatte. Das danken wir ihm ganz besonders, wenn wir es auch von seinem unbeugsamen Gerechtigkeitssinn und seiner phrasenlosen Redlichkeit gar nicht anders erwartet hatten. Otto Herrmann verkörperte, obschon er eher zu den «Stillen im Lande» gehörte — die aber die eigentliche Kraft unserer Bewegung ausmachen —, so recht den Geist und die Sache, der wir dienen. Sein Andenken bleibt uns teuer, und über die Trauer hinweg, die uns beschlichen hat, als wir ihn für dieses Leben verloren, erfüllt uns Freude und Stolz, daß er zu uns gehörte und mit uns stritt und litt. H. K.

WELTRUNDSCHAU

Regimewechsel in Amerika Das bemerkenswerteste Ereignis der Berichtszeit ist natürlich der Regimewechsel in den Vereinigten Staaten. Denn die Ergreifung der Staatsmacht durch Präsident *Kennedy* ist ja nicht bloß die Ablösung einer Regierungsmannschaft durch eine andere, der einen Partei durch die andere im Genuß der Beute, die man durch den Wahlsieg erjagt hat, bei ungefähr gleichbleibender Gesamtlinie der Innen- und Außenpolitik, wie es zum Beispiel beim Übergang von Truman zu Eisenhower der Fall war. Was sich jetzt in den Vereinigten Staaten vollzieht, ist, wenn nicht alles täuscht, ein einschneidender Wechsel in den Regierungsmethoden überhaupt, der besonders auch auf die Beziehungen der USA zur übrigen Welt und auf die Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses stärksten Einfluß ausüben kann.

In den Vereinigten Staaten selbst herrscht jedenfalls weitherum eine Stimmung hochgespannter Erwartung und freudiger Erregung, die durch die verschiedenen Botschaften des neuen Präsidenten an Volk und Parlament wie durch sein ganzes, frisch zupackendes und mit alten Anschauungen und Gewohnheiten aufräumendes Auftreten erzeugt worden ist. *Kennedy* hat es ja auch ganz bewußt auf eine Erschütterung der Selbstsicherheit und optimistischen Unbekümmertheit angelegt, die seit dem gewaltigen Machtzuwachs der Vereinigten Staaten als Folge des Zweiten Weltkrieges vom amerikanischen Volk zur Schau getragen und von der Regierung Eisenhower wie von derjenigen Trumans planmäßig genährt wurden. Der Schock, den *Kennedy* hervor-

rufen wollte, hat denn auch sichtlich gewirkt, so sehr, daß jetzt im amerikanischen Volk geradezu ein Wunderglaube aufgekommen ist, eine fast chiliastisch zu nennende Erwartung rettender Heilstaten, die der neue Präsident vollbringen werde. Das ist natürlich ebenso unsinnig und gefährlich wie der frühere hochgezüchtete Glaube an die selbstverständliche und selbsttätige Überlegenheit des Amerikanertums «über alles in der Welt». Denn so gewaltig die Machtfülle ist, die in die Hände des Präsidenten der Vereinigten Staaten gelegt ist (sie ist weit größer und besonders gesicherter als zum Beispiel diejenige des sowjetischen Ministerpräsidenten), so bestimmte Grenzen sind ihr gezogen — nicht nur durch die persönlichen Fähigkeiten des Amtsinhabers, sondern noch mehr durch die sachlichen Widerstände und die politischen Gegenkräfte, auf die er bei jedem Schritt stößt. Aber daß Kennedy fast beispiellos große Möglichkeiten hat, eine Wende in der amerikanischen Politik herbeizuführen, das ist trotzdem wahr, und darum kommt jetzt so viel darauf an, daß er diese Möglichkeiten erfaßt und ausnützt. Ein großer Teil, wenn nicht die Mehrheit der amerikanischen Nation wird ihm dabei zweifellos folgen. Das Gefühl und die begründete Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten unter Eisenhower und Dulles (die nur Trumans und Achesons Irrweg fortgesetzt haben) in eine Sackgasse geraten sind und daraus unbedingt herauskommen müssen, wenn es nicht einen Zusammenbruch geben soll, dieses Gefühl ist tatsächlich in Amerika weitverbreitet und kommt auch vielfach ungehemmt zum Ausdruck. Es ist geradezu erstaunlich, was jetzt in dieser Beziehung drüben geschrieben und geredet werden kann, nachdem bisher alle tiefer schürfende Kritik, namentlich an der Außenpolitik der USA, als fast hochverräterisch, mindestens als kryptokommunistische Propaganda und Aufweichung des Verteidigungswillens der «freien Welt» gebrandmarkt und bestraft worden war. Nur ein Beispiel dafür sei erwähnt (ein zweites ist die in diesem Heft auszugsweise wiedergegebene Veröffentlichung von «Look» über China). «U. S. News & World Report», die weitverbreitete Neuyorker Wochenschrift, brachte am 16. Januar einen Artikel «A crumbling alliance» («Ein brüchiges Bündnis»), der das ganze System militärischer und politischer Allianzen, das die Vereinigten Staaten in den letzten anderthalb Jahrzehnten in der ganzen Welt aufgebaut haben, als erschüttert, ja hinfällig erklärt und es als die historische Aufgabe Kennedys bezeichnet, einen völligen Neuaufbau der amerikanischen Weltstellung in die Wege zu leiten. Aber auch in Europa beginnt man zuzugeben, daß die bisherige amerikanische Politik einfach Bankrott gemacht hat, und wir, die wir seit Jahr und Tag die verhängnisvollen Fehlleistungen der Washingtoner «Staatskunst» ins Licht gestellt haben, könnten darüber eigentlich Genugtuung empfinden, wenn aus dieser Einsicht auch die nötigen radikalen Folgerungen gezogen würden. Denn wenn der Präsident der Vereinigten Staaten selber fragt, «ob ein Staat weiterleben kann, der organisiert ist und regiert wird

wie der unsere», und darauf antwortet: «Das Ergebnis ist keineswegs sicher», so kann man doch auch bei uns zulande kaum mehr anders, als ebenfalls kritischer und ein wenig tapferer zu werden als bisher. Sogar die «Neue Zürcher Zeitung» findet es angezeigt, einen professoralen «Amerika-Kenner» zu Wort kommen zu lassen, der (in Nummer 408) kleinlaut bekennt, daß «wahrheitsliebende Menschen» schon bisher gewußt hätten, wie es um die Vereinigten Staaten bestellt sei, aber nur nicht gewagt hätten, mit diesem Wissen herauszurücken, weil sie nicht in den Verdacht kommen wollten, «antiamerikanische Gefühle zu hegen oder unsachlichen Motiven, wenn nicht geradezu antiwestlichen Tendenzen zu gehorchen». Sind das Helden! Professor heißt ja «Bekenner» . . .

Was will Kennedy! Bei all diesen Auseinandersetzungen ist es aber noch alles andere als klar, was Präsident Kennedy eigentlich will. Er will sicher vieles anders machen, als es bisher gemacht wurde, will die begangenen Fehler nach Möglichkeit wieder gutmachen und neue Fehler vermeiden. Aber *wie weit* und auch *wie rasch* will er den Kurs herumreißen? Wie weit *kann* er überhaupt den Kurs abdrehen, wenn er es will? Seine öffentlichen Äußerungen darüber sind besonders in bezug auf die Außenpolitik merkwürdig widerspruchsvoll. Auf der einen Seite faßt er die Überwindung des Kalten Krieges ins Auge, redet von den gemeinsamen Aufgaben der westlichen und der östlichen Welt und von einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bei der Erforschung des Weltraumes; er erklärt die Rüstungskontrolle als eines seiner Hauptziele und verspricht den unterentwickelten Völkern umfassende Hilfe in friedlichem Wettbewerb mit den kommunistischen Staaten. Auf der anderen Seite redet er aber wie ein geschworener Vorkämpfer im Kalten Krieg, beschuldigt die Sowjetunion, China usw. des Versuches, die ganze Welt zu erobern (natürlich mit Gewalt), droht mit entschlossener Abwehr aller «kommunistischen» Umsturzversuche in Mittel- und Südamerika (Kuba!), verpflichtet sich zur Verteidigung «der Freiheit» (wie er sie versteht) mit allen Mitteln und um jeden Preis und ordnet als erste und dringlichste Maßnahme seiner Regierung eine kräftige Rüstungsverstärkung an. Über brennende Fragen, wie Kuba, Kongo, Laos, Anerkennung Chinas, Algerien, Südafrika, die Gleichberechtigung der nordamerikanischen Neger, äußert er sich vorerst überhaupt nicht oder doch unklar, so wie er auch — zum Ärger Bonns übrigens — die deutsche Frage und die Notwendigkeit, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen, mit Stillschweigen übergeht. Wie soll man sich diese Widersprüche und Unterlassungen erklären?

Am nächsten liegt die Annahme, daß Kennedy «eigentlich» und im Grund seines Herzens eine solche Neuorientierung der amerikanischen Weltpolitik wünsche, daß der Kalte Krieg überwunden und eine

internationale Abrüstung möglich würde, daß er aber dabei vorsichtig manövrieren und sein wahres Ziel vorerst noch im dunkeln lassen müsse, um nicht die Anhänger des alten Kurses, die seinem Präsidentschaftsriivalen Nixon fast 50 Prozent aller Wählerstimmen zugeführt haben, unnötig herauszufordern und sich vielleicht alles zu verderben. Daran ist sicher vieles richtig. Gegen ein schrittweises Vorgehen beim Einschlagen neuer Wege der amerikanischen Politik ist gar nichts einzuwenden — unter zwei Bedingungen: daß nämlich gegebenenfalls auch einmal ein großer Sprung nach vorwärts gewagt wird und daß alle einzelnen Schritte *in der Richtung des gewählten Zieles* getan werden, also nicht von ihm, in der alten, falschen Richtung, noch weiter wegführen oder doch die notwendige Wendung zum neuen Ziel erschweren. Gerade hier aber erwecken die bisherigen Äußerungen und Maßnahmen Kennedys Bedenken. *Wenn* er wirklich über den Kalten Krieg hinauskommen will, darf er nicht, wie er es getan hat, die alte Lüge von den Welteroberungsplänen der Sowjetregierung aufs neue servieren, diese Lüge, von der der Kalte Krieg recht eigentlich lebt. Er durfte nicht — im Blick auf Kuba — von kommunistischen Stützpunkten auf dem amerikanischen Kontinent reden, wo doch die Vereinigten Staaten selber schuld daran sind, daß sich Kuba an die Oststaaten anlehnen mußte, wollte es nicht wirtschaftlich von den USA erdrosselt werden. Er durfte namentlich auch nicht gleich die amerikanischen Kriegsrüstungen verstärken, als stünden die Vereinigten Staaten in unmittelbarer Gefahr, von der Sowjetunion angegriffen zu werden. Es mag sein (wie gesagt wird), daß diese Maßnahmen technisch eine Abkehr von der Drohung eines Offensiv- oder Präventivschlags bedeuten, obwohl sich gerade die Polarisrakete ausgezeichnet als Angriffswaffe eignet; aber welche Regierung gibt zu, daß ihre Rüstung irgendwie Angriffszwecken diene? *Alle* beteuern ja immer genau das Gegenteil. Es sieht jetzt freilich so aus, als ob auch die Polarisrakete und das mit ihr ausgestattete atomangetriebene Unterseeboot bereits überholt sei und als wollten sich die Vereinigten Staaten vor allem auf die sogenannte Minuteman-Rakete verlegen, die viel weiter trägt als die Polaris und mit der von Amerika selbst aus jeder Punkt der Erde beschossen werden kann, so daß die überseeischen Stützpunkte der Vereinigten Staaten allmählich aufgegeben werden könnten. Das wäre politisch sicher von Gutem, da damit ein Haupteinwand der Sowjetunion gegen die amerikanische Weltpolitik beseitigt würde. Aber eine Abrüstungsmaßnahme wäre es natürlich nicht, eher das Gegenteil, und auf jeden Fall hat sich der neue Präsident bisher darüber vorsichtig ausgesprochen.

Auch in der Frage der Hilfe für die unterentwickelten Völker und in der Stellung zur Kolonialpolitik hätte Kennedy ein offenes Wort reden müssen, wenn ihm wirklich daran gelegen wäre, zu der anticolonialistischen und antiimperialistischen Politik zurückzukehren, die dem revolutionären Geist der nordamerikanischen Union in ihrer

Gründungszeit entsprach. Kurz, der Eindruck läßt sich schwer abweisen, daß auch Kennedy auf der Linie zu bleiben gewillt ist, die die Macht- und Ausdehnungspolitik der Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer stärker bestimmt und schließlich unmittelbar in den Kalten Krieg gegen die Länder der sozialistischen Revolution hineingeführt hat. Die *Methoden*, nach denen die amerikanische Weltpolitik künftig betrieben werden soll, mögen anders werden — aber nur damit das Ziel selbst um so besser erreicht werden kann und die Kette der Niederlagen, die sich diese Politik unter Eisenhower und Dulles zugezogen hat, endlich einmal abbricht.

Ähnliches gilt für die *Innen- und Wirtschaftspolitik*. Auch hier tritt Kennedy eine bedenkliche Erbschaft an. Die amerikanische Wirtschaft, so stellt er mit dünnen Worten fest, ist bei weitem nicht vollbeschäftigt. Ihre Ausweitung bleibt hinter derjenigen aller anderen größeren Industriestaaten zurück. Fünfeinhalb Millionen Arbeitslose liegen auf dem Pflaster. Dutzende von Krisengebieten sind in einer schier hoffnungslosen Lage. Die Landwirtschaft sieht ihr Einkommen mehr und mehr verringert. Die Wohnungsverhältnisse für große Bevölkerungsteile sind schlecht; die Schulhäuser und die Schulbildung selber sind vernachlässigt; die Gesundheitsverhältnisse lassen vielfach zu wünschen übrig, dazu fehlt es an Ärzten und Krankenhäusern; der wissenschaftliche und technische Nachwuchs ist ungenügend an Zahl und Güte — und so fort, und so fort.

Der Präsident hat bereits ein ganzes Programm von Maßnahmen veröffentlicht, um diesen Mißständen abzuweichen, um die Wirtschaft zu beleben und die Lage des lohnarbeitenden Volkes zu verbessern. Und ohne Zweifel wird ihm dabei erklecklicher Erfolg beschieden sein, zumal er — zum Beispiel im Kampf gegen die schleichende Inflation — auch kühn neue Wege zu gehen bereit ist. Aber die Neuerungen und Reformen, die er ins Auge faßt und die sich mit der Zeit zu einem allumfassenden System auswachsen sollen, werden eben nur so weit gehen, daß die Aufrechterhaltung der bestehenden, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selber nicht gefährdet wird. Von einer *Überwindung* dieser Ordnung, auf der der ganze «American way of life» mit seinem Freiheitsbegriff beruht, kann keine Rede sein; sie soll im Gegenteil nur besser und reibungsloser arbeiten, um die Konkurrenz mit dem allmählich gefährlich erfolgreichen und lockenden kommunistischen System eher bestehen zu können. Und das ist eben die große Täuschung Kennedys wie seiner ganzen Klasse — trotz den erstrangigen Sachkennern und Beratern, mit denen sich der Präsident umgeben hat. Der Kapitalismus, der auf einer zutiefst falschen, dem Sittengesetz Hohn sprechenden Grundauffassung beruht, wird auf die Länge auch auf seinem eigensten Gebiet — dem wirtschaftlichen — Schiffbruch erleiden, ist doch nicht einzusehen, wie die vorgeschlagenen Maßnahmen — Wohlfahrtssteigerung, Rüstungsvermehrung, even-

tuell Steuernachlaß usw. — den Zustand von Stockung und Lähmung überwinden sollen, an dem die amerikanische Wirtschaft leidet. Die Unmöglichkeit, hier von Grund auf Wandel zu schaffen, wird sich auch unter dem Reformsystem Kennedy erweisen, so wie sich die von den Interessen der kapitalistischen Klasse beherrschte und auf sie zugeschnittene allgemeine Innen- und Außenpolitik schon längst als verhängnisvoll, als der Ruin von Freiheit und Frieden erwiesen hat.

Zwei Strömungen Aber sind die Interessen der kapitalistischen Klasse, besonders derjenigen der Vereinigten Staaten, wirklich so einheitlich den Notwendigkeiten unserer Zeit und den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung entgegengesetzt? Es wäre dogmatische Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit, das anzunehmen. Sogar die jetzt in der kommunistischen Welt vorherrschende Anschauung glaubt das nicht; namentlich Chruschtschews ganze Koexistenzpolitik beruht ja auf der Überzeugung, daß angesichts der Stärke des «sozialistischen Friedenslagers» die regierenden Kreise der kapitalistischen Welt gezwungen sein würden, die Hand zu einer Verständigung, zur Schaffung wenigstens eines Nichtkriegszustandes und zur Anbahnung einer internationalen Abrüstung zu bieten. Im Januarheft der sozialistischen «Monthly Review» erklärt sich auch Carl Marzani, dem wir unter anderem eine ausgezeichnete, illusionsfreie Darstellung der amerikanischen Weltpolitik seit 1945 verdanken, überzeugt, daß ein wichtiger Teil der Geschäftswelt und der politischen Führungsgruppe der Vereinigten Staaten zu einer einschneidenden Änderung der Außenpolitik ihres Landes bereit seien. «Die meisten Angehörigen von Kennedys ‚Gehirntrust‘ wissen, wie die Dinge stehen. Selbst Nixon ist bei weitem nicht so blind, wie seine Rednerei im Wahlkampf glauben machen könnte. Ich weiß es als Tatsache, daß wichtige Beamte im Staatsdepartement und in anderen Regierungszweigen über die Gründe des Fehlschlags (der amerikanischen Außenpolitik) und die Notwendigkeit eines Wechsels völlig im klaren sind . . . In der herrschenden Klasse besteht eine wachsende Spaltung in Sachen Änderung der Außenpolitik. Und die Spaltung wird unter dem Druck objektiver Umstände im kommenden Jahr noch zunehmen.» Marzani verweist besonders auf die innere Stärke der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, von der sich die regierenden Kreise auch in Westeuropa weithin Rechenschaft gäben («sie reden nicht mehr von Zusammenbruch und ähnlichem Unsinn»), auf das Mißbehagen der westeuropäischen Völker über die amerikanische und namentlich die westdeutsche Außenpolitik sowie auf die Entwicklung der Dinge in Afrika, Lateinamerika und im Nahen Osten. Auch die Negerfrage in den Vereinigten Staaten sei mit dem Kampf der farbigen Rassen gegen den weißen Imperialismus eng verbunden.

Das sind alles wichtige Tatsachen und Überlegungen. Auf der anderen Seite müssen wir aber immer auch die mächtigen Kräfte im Auge

behalten, die sich einer durchgreifenden Änderung der amerikanischen Außenpolitik entgegenstellen. Ich will ihre Überlegungen ganz kurz kennzeichnen.

1. Ein Verzicht auf den Kalten Krieg würde heißen, daß sich der amerikanische und internationale Kapitalismus mit dem Bestehen der kommunistischen Welt und ihrer wahrscheinlichen weiteren Festigung und Ausdehnung als einer endgültigen Tatsache abfinden müßte, daß also der Kapitalismus seinen Lebensraum immer mehr einschrumpfen lassen würde. Kann er das? Kann er zulassen, daß die gewaltigen Militärstützpunkte aufgehoben werden, die die Vereinigten Staaten in der ganzen Welt aufgebaut haben und auf denen die Machtstellung der kapitalistischen Klasse in erster und letzter Linie beruht?

2. Kann diese Klasse darauf verzichten, die Gefahr einer kommunistischen Welteroberung ständig an die Wand zu malen und durch dieses Schreckmittel auch ihre innenpolitische Herrschaft zu stützen?

3. Abrüstung hieße Freiwerdung riesiger Mittel für sozialpolitische Zwecke, die schließlich dem Sozialismus zugut kämen, hieße namentlich auch, daß der Sowjetunion Mittel und Kräfte zugeführt würden, um ihr System zu festigen und ihren Einfluß auf die unterentwickelten Völker zu verstärken. Dürfen die kapitalistischen Klassen das zulassen?

4. Der Kalte Krieg bietet der Industrie Möglichkeiten zu ebenso mühelosen wie riesigen Gewinnen, die sie sonst kaum mehr bekäme. Will sie sich trotzdem auf Friedensproduktion umstellen?

5. Die militärische Elite hat durch den Kalten Krieg eine derartige Machtstellung errungen, daß sie es ist, die mehr und mehr die Politik der Westmächte und ihrer Mitläufer bestimmt. Wird sie nicht alles aufbieten, um zu verhindern, daß sie durch Abrüstung entmachteter wird?

Die große Frage ist nun, welche der beiden soeben skizzierten Strömungen in den Vereinigten Staaten und bei den Westmächten überhaupt die Oberhand gewinnt und auf welche Seite sich Präsident Kennedy schlagen wird. Er ist schließlich ein Mitglied der berühmten «60 Familien», die die Vereinigten Staaten wirtschaftlich und politisch beherrschen, und hat darum sicher Mühe, sich den Kräften entgegenzuwerfen, die um jeden Preis die Machtstellung der kapitalistischen Klasse aufrechtzuerhalten entschlossen sind, zumal die Mehrheit in der Bundesversammlung — eine Koalition von Nordrepublikanern und Süddemokraten — ausgesprochen konservativ, ja reaktionär ist. Auch sein betonter Katholizismus wird ihn eher den sturen Verteidigern der bestehenden Weltordnung zugesellen, die im Vatikan eine ihrer besten Stützen hat. Aber er hat auch die Möglichkeit, die Partei des «aufgeklärten» und mehr oder weniger resignierenden Kapitalismus zu ergreifen. Dann muß er zielbewußt der Zusammenarbeit mit der kommunistischen Welt und der totalen Abrüstung zustreben. Das braucht

er nicht sofort offen zu zeigen; es kann gut sein, daß es vorerst genügt, einfach das west-östliche Klima zu verbessern und in Einzelfragen vorsichtig die Stellungen zu räumen, die Truman (mit seiner bekannten antikommunistischen «Doktrin») und Dulles-Eisenhower zum Schaden des eigenen Landes und des Weltfriedens aufgebaut haben. An Gelegenheiten dazu fehlt es ja nicht: Kuba, Kongo, Laos, Formosa, Algerien, Berlin, Atombombenversuche usw. Aber er darf, wie schon früher gesagt, keinen Schritt tun, der den Kalten Krieg wieder verschärft. Und einmal wird auch der Augenblick kommen, wo er klar Farbe bekennen und den Gegenkräften den entschlossenen Kampf ansagen muß. Vielleicht wird dieser Augenblick erst gegen das Ende seiner ersten Amtszeit kommen, so daß Kennedy in seinem zweiten großen Wahlkampf die Fahne des Friedens offen entrollen muß. Vielleicht kommt er aber auch schon vorher; denn die friedensfeindlichen Kräfte sind in den fünfzehn Jahren des Kalten Krieges bereits so stark geworden und haben einen derartig unheimlichen Machtapparat aufgebaut, daß daraus, eher als wir denken, «ganz von selbst» eine Lage entstehen kann, die große und rasche Entscheidungen und Durchbrüche dringend verlangt. Dann wird sich erweisen, wo Kennedy wirklich steht. Bis dahin können wir nur hoffen, daß er immer auf der Höhe seiner furchtbar schweren und mit Verantwortung überladenen Aufgabe stehen wird.

Die belgische Krise Die Vereinigten Staaten sind nicht das einzige Land, in dem der Kapitalismus in eine kritische Lage geraten ist, ohne daß man freilich schon von irgend etwas wie einer Endkrise reden könnte. In Westeuropa ist es neben Italien vor allem *Belgien*, dessen kapitalistische Wirtschaft in Not geraten ist. Die Folge war die gewaltige *Streikbewegung*, die Mitte Dezember fast über Nacht ausbrach, über einen Monat durchgehalten wurde und das ganze Land von Grund aus aufwühlte und erschütterte, ja darüber hinaus wie ein Erdbeben ihre Wellen ins übrige Westeuropa aussandte, die Arbeiterschaft aufrüttelte und das Bürgertum erschreckte.

Die Erschütterung des belgischen Kapitalismus ist um so bezeichnender, als nach dem Krieg Belgien das erste europäische Land war, in dem sich die «freie Wirtschaft» erholte und mit ihrer Abstreifung aller planwirtschaftlichen Hemmungen vermeintliche Wunderwirkungen erzielte, lange bevor das westdeutsche «Wirtschaftswunder» den Triumph des wiederbelebten egoistischen Erwerbs- und Raffgeistes verkündete. Belgien wurde geradezu die Hochburg des starrsten Wirtschaftsliberalismus, der alle Grundindustrien — wie Kohle und Eisen —, aber auch Gas und Elektrizität, Verkehrsbetriebe (außer den Eisenbahnen) usw. der privaten «Initiative» überließ. Das Finanzkapital beherrschte die belgische Wirtschaft sozusagen unbeschränkt, und es

war nur normal, daß einer seiner bedeutendsten Vertreter, Herr Van Zeeland, wiederholt Ministerpräsident und auch Außenminister wurde.

Aber sehr im Gegensatz zu Westdeutschland, Frankreich, der Schweiz, auch zu Großbritannien und den nordischen Ländern, war und ist die belgische Unternehmerklasse kaufmännisch und technisch erstaunlich konservativ. Die neuen Industrien — zum Beispiel Chemie — fanden nur zögernd Eingang in Belgien, und gar in der Entwicklung der Atomkraft, der Elektronik, der Automation und anderer modern-wissenschaftlicher Verfahren blieb die belgische Industrie weit hinter derjenigen des Auslandes zurück. Vielleicht glaubte die herrschende Klasse, die Riesengewinne, die aus dem Kongo ins Land flossen, machten es überflüssig, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um mit der Zeit Schritt zu halten; auf jeden Fall unterließ sie es, genügend Kapital in der belgischen Wirtschaft anzulegen und besonders die Industrie mit den neuesten Verfahren und Apparaturen auszustatten. Die Folge war, daß der Produktionsindex für die belgische Industrie im Jahr 1959 (mit 1953 gleich 100) nur 119 Punkte erreichte, gegen 152 in Frankreich, 158 in Italien und 162 in Westdeutschland.

Die Löhne in zahlreichen Industrien waren zwar verhältnismäßig hoch; nach «France-Observateur» (12. Januar 1961) belief sich der Durchschnittsverdienst des belgischen Arbeiters indexmäßig Ende 1959 auf 116 gegen 113 in Westdeutschland, 100 in Frankreich, 91 in Holland und 70 in Italien. Aber die stockende Produktion, vor allem in der Bergwerksindustrie, führte mehr und mehr zu einer Arbeitslosigkeit, die ganze Industriegebiete in bittere Not stürzte. Am meisten bedroht sind die Kohlengruben des Hennegau (mit dem Borinage) und des Mittellandes. Wie der Pariser «Express» (29. Dezember 1960) berichtete, sind im Hennegau bereits 30 000 Arbeiter erwerbslos geworden, und wenn im Laufe dieses Jahres die vorgesehene weitere Schließung unproduktiver Bergwerke durchgeführt sein wird, so wird im Mittelland und im Borinage die Produktionsfähigkeit um 60 Prozent gesunken sein, in der Gegend von Charleroi und Lüttich um 30 Prozent. Um den dadurch auf die Straße geworfenen Arbeitern neue Beschäftigung zu geben und die ins erwerbsfähige Alter kommenden jungen Leute unterzubringen, müßten alljährlich 30 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden — und darauf besteht bei der Planlosigkeit und Rückständigkeit der belgischen Wirtschaft unter dem gegenwärtigen Regime keinerlei Aussicht.

Was Wunder, daß das Verlangen nach einem Regimewechsel in der Arbeiterschaft übermächtig geworden ist und es nur einen Anlaß brauchte, um eine stürmische Bewegung zugunsten einer sozialen Planwirtschaft auszulösen. Diesen Anlaß bot das berüchtigte «Einheitsgesetz», das zunächst einmal die belgischen Staatsfinanzen mit ihrem chronischen Riesendefizit «sanieren» sollte. Es war freilich mehr als ein bloßer Anlaß, der jetzt vorlag; die «Loi unique» war selbst ein

brutaler Ausdruck kapitalistischer Wirtschafts- und Finanzmethoden, sollte doch das Staatsbudget wesentlich auf Kosten der Arbeiterschaft und der minderbemittelten Bevölkerung überhaupt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden durch Lohnstopp für die Gemeindeangestellten, Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung, Hinausschiebung der Pensionierungen, Verschlechterung der Sozialversicherung, verminderte staatliche Kapitalanlagen und neue Steuern. Die wohlhabenden Schichten sollten im Verhältnis zur Arbeiterschaft nur ganz wenig belastet werden.

Es ist mehr als verständlich, daß sich gegen dieses ausgesprochene Klassengesetz ein leidenschaftlicher Widerstand der Arbeiterschaft erhob, verbunden mit dem Drängen nach grundlegenden Strukturreformen in der belgischen Wirtschaft in der Richtung auf eine sozialistische Ordnung. Der mit heroischer Zähigkeit und Opferwilligkeit mehr als einen Monat lang geführte Streik ist zwar — großenteils infolge des Beiseitestehens der mächtigen katholischen Gewerkschaften, die mit der klerikal-«liberalen» Regierung im Bund stehen — schließlich abgebrochen worden, ohne auch nur sein nächstes Ziel, die Zurückziehung des Einheitsgesetzes, erreicht zu haben. Aber es ist klar, daß trotz der inzwischen erfolgten Annahme des Gesetzes durch Kammer und Senat die Dinge hier nicht stehen bleiben können. André Renard, der Führer der wallonischen Metallarbeiter, erklärte: «Die streikenden Arbeiter stellen eine derart urwüchsige und begeisternde Kraft dar, daß man, ohne befürchten zu müssen, widerlegt zu werden, jetzt schon behaupten kann: Nie mehr wird das Belgien von morgen demjenigen von gestern gleichen.» Nicht daß wir von den bevorstehenden Neuwahlen und einer allfälligen klerikal-sozialistischen Koalitionsregierung (mit dem nach Belgien zurückkehrenden bisherigen NATO-Generalsekretär Spaak als Vizeministerpräsidenten) viel erwarten würden; die Sozialistische Partei hat während des Streiks eine derart zweideutige Rolle gespielt, daß nur eine aus dem Arbeitervolk selbst herauskommende radikale Bewegung, die vom Kampfgeist des großen Streiks erfüllt ist, der Wirtschaft und dem Staat Belgiens ein neues Gesicht zu geben vermag. Darüber hinaus wird der belgische Streik aber hoffentlich auch den sozialistischen Kampfwillen der westeuropäischen Arbeiterschaft überhaupt stärken. Die schöne Solidaritätsaktion zugunsten der belgischen Arbeiter, die sich auch in Frankreich, England, Österreich, der Schweiz usw. kundgetan hat, läßt immerhin hoffen, daß die westeuropäische Arbeiterschaft, die durch den Scheinglanz des Neukapitalismus geblendet und eingeschläfert worden ist, durch das belgische Beispiel etwas aufgeweckt werden wird — trotz der zögernden Haltung gewisser Gewerkschaften und dem beschämenden völligen Schweigen der sozialdemokratischen Internationale gegenüber dem Kampf der belgischen Arbeiter.

Der Weg Kubas Von den übrigen bemerkenswerten Ereignissen der letzten Wochen sei — unter Übergehung des Ringens um den Kongo*, auf das ein anderes Mal zurückzukommen sein wird — kurz nur das Abenteuer der «*Santa Maria*» erwähnt, das offenbar den Ausgangspunkt einer oppositionellen, ja revolutionären Bewegung gegen das reaktionär-volksfeindliche Diktaturregime in *Portugal* und seinen afrikanischen «Provinzen» darstellt. Hingegen muß noch ein klärendes Wort zu der Entwicklung gesagt werden, die die *kubanische Revolution* genommen hat, nicht zuletzt wegen der Drohung Präsident Kennedys mit nordamerikanischem Einschreiten gegen die «kommunistische Unterwühlung» Lateinamerikas.

Kennedy und mit ihm die Lenker der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten überhaupt stellen ja die Tatsachen auf den Kopf, wenn sie behaupten, die kubanische Revolution sei ein womöglich von Moskau aus ferngesteuertes kommunistisches Unternehmen, mit dem bereits ein Brückenkopf zur Eroberung mindestens der lateinamerikanischen Länder, wenn nicht auch Nordamerikas, aufgebaut worden sei. Tatsache ist vielmehr, daß es die Feindseligkeit der Vereinigten Staaten und ihrer kapitalistischen Führungsschicht selber war, die das neue kubanische Regime an die Seite der kommunistischen Länder gedrängt hat, vor allem die Abschneidung der Olzufuhr aus Venezuela nach Kuba und die Sperrung der kubanischen Zuckerausfuhr nach Nordamerika. Die rasch fortschreitende Nationalisierung der nordamerikanischen Wirtschaftsunternehmungen auf Kuba war nur der Gegenschlag gegen den Versuch, das Regime Castro wirtschaftlich lahmzulegen und Kuba wieder unter die Botmäßigkeit der Vereinigten Staaten zu bringen. Wie Ché Guevara, der Direktor der kubanischen Nationalbank, einer amerikanischen Korrespondentin gegenüber mit Recht sagte: «Mit Ausnahme unserer Agrarreform, die das kubanische Volk beehrte und ins Werk setzte, sind alle unsere radikalen Maßnahmen eine direkte Erwiderung auf direkte Angriffshandlungen mächtiger Monopolisten gewesen, deren Hauptvertreter Ihr Land ist. Der Druck der Vereinigten Staaten auf Kuba hat die ‚Radikalisierung‘ der Revolution nötig gemacht.»

Das bestätigen auch Paul Sweezy und Leo Huberman, die Herausgeber der «*Monthly Review*», deren ersten Bericht über Kuba wir hier im vergangenen Oktober zitiert haben, und die darüber nun einen zweiten, ebenso aufschlußreichen Bericht veröffentlichten (Dezemberheft 1960 der «*MR*»). «Als wir im vergangenen März in Havana ankamen», so schreiben die beiden Nordamerikaner, «wurde es unter den Anhängern des Regimes allgemein als gegeben erachtet, daß der private Wirtschaftssektor dem Umfang nach auf lange hinaus vorherrschend bleiben würde . . . Man hörte nie von Kuba als einem sozialistischen Land sprechen (obwohl Sweezy und Huberman selbst

* Siehe den Nachtrag.

den sozialistischen Grundzug der Revolution stark betonten. H. K.), und der Sozialismus wurde nicht einmal als eines der Endziele der Revolution genannt . . . Viele Leute mit liberalen, ja konservativen Anschauungen hatten hohe Stellungen in der Regierung inne. Als wir im September zurückkehrten, lagen die Dinge ganz anders. Der Nationalisierungsvorgang war sehr weit vorgeschritten, und jedermann nahm als selbstverständlich an, daß er bald alle großen und die meisten mittleren Unternehmungen umfassen werde. Es bestand kein Zweifel mehr an der Notwendigkeit und Durchführbarkeit einer durchgreifenden Wirtschaftsplanung; die Frage war nur, wie bald sie wirksam in Gang gebracht werden könne.» Aus einer «Mischung von landwirtschaftlichem Kollektivismus und staatlich gelenktem Kapitalismus» war eine ausgesprochen sozialistische Wirtschaft geworden. Zu der Agrarrevolution war eine Industrierevolution gekommen, die auch die städtische und industrielle Arbeiterschaft zu Trägern der neuen Ordnung gemacht hatte. «Die Miliz, die das ganze arbeitende Volk der Insel in sich schließt, ist das Rückgrat wie der starke Arm des Revolutionsregimes geworden. Um einen Ausdruck zu entlehnen, den die Chinesen in etwas anderem Zusammenhang gebrauchten: Die kubanische Revolution geht jetzt auf zwei Beinen, während sie vorher auf nur einem humpelte.»

Die genannten Autoren verhehlen nicht die gewaltigen Schwierigkeiten, vor die das Regime durch die fast improvisierte umfassende Sozialisierung der Wirtschaft gestellt wurde: organisatorische, technische, personelle, politische Schwierigkeiten, deren Bewältigung eine ungeheure Kraftanstrengung erfordert. Auf technischem Gebiet ist es besonders die Frage der Beschaffung von Ersatzteilen für Maschinen und Apparate nordamerikanischen Ursprungs, die viel Kopfzerbrechen macht; aber, so haben Sweezy und Huberman gefunden, Kuba ist auf dem Weg, sich in der neuen Lage zurechtzufinden, und es wird mit den Problemen, die sich auftürmen, schon fertig werden, sofern sich die Revolution im Frieden entwickeln kann. Von innen droht dem neuen Regime allerdings kaum eine Gefahr. Die Sozialisierungsmaßnahmen haben zwar zahlreiche Interessen verletzt, ebenso wie auch die nordamerikanische Sperre gegen kubanische Erzeugnisse eine Menge Leute der gegenrevolutionären Bewegung zugeführt hat. «Sie wollten eine Revolution», sagte Fidel Castro, «aber ja nicht zuviel Revolution.» Gegenüber dem Frühjahr 1960, wo nach nordamerikanischer Schätzung etwa zehn Prozent der Bevölkerung dem Revolutionsregime feindlich gesinnt waren, hat sich die Zahl der Anhänger von Opposition und Gegenrevolution ungefähr verdoppelt und mag jetzt 20 bis 25 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Aber für eine organisierte Untergrundbewegung, die irgendwie Aussicht auf eine Überwältigung der Regierung Castro hätte, fehlen doch alle Voraussetzungen; ein Erfolg der Gegenrevolution ist nur denkbar mit direkter oder indirekter Unterstützung der Vereinigten Staaten, vor allem

durch ein militärisches Eingreifen, das durch das Bestehen eines nordamerikanischen Militärstützpunktes auf Kuba natürlich wesentlich erleichtert würde.

Die Regierung Eisenhower hat denn auch bereits die diplomatischen Beziehungen mit Kuba abgebrochen; seither vertritt die Schweiz die nordamerikanischen Interessen in Havana. Das Staatsdepartement wollte unter seiner alten Leitung offenkundig eine fertige Tatsache schaffen, um der neuen Regierung jede Möglichkeit zu nehmen, die Beziehungen zu Kuba wieder zu normalisieren. Es ist aber vorderhand unwahrscheinlich, daß unter Kennedy eine Militäraktion ins Werk gesetzt werden wird, um Kuba wieder zu unterwerfen. Hingegen ist sehr wahrscheinlich, daß man in Washington alle anderen Mittel versucht, die geeignet sein könnten, das Regime Castro zu stürzen. Und dazu ist es natürlich notwendig, dieses Regime als dem Kommunismus verfallen noch mehr als bisher in Verruf zu bringen. Schließlich geht es den Vereinigten Staaten nicht nur um Kuba, sondern noch mehr darum, daß die nordamerikanischen Kapitalien, die alljährlich in der Höhe von etwa einer Milliarde Dollar nach den lateinamerikanischen Ländern fließen, nicht auch das Schicksal der USA-Anlagen in Kuba erleiden, ja daß überhaupt der Neuzufluß von nordamerikanischem Kapital nach Mittel- und Südamerika nicht wegen politischer Unsicherheit aufhört.

Daß die Etikettierung Kubas als eines kommunistischen Vorpostens auf dem amerikanischen Kontinent beim USA-Publikum billigen Erfolg hat, ist um so weniger zu bezweifeln, als naturgemäß die Radikalisierung der kubanischen Revolution auch der Kommunistischen Partei einen größeren Einfluß verschafft hat, als sie ihn ursprünglich besaß. In den Gewerkschaften, in den Genossenschaften und in der Staatsverwaltung haben sich die kubanischen Kommunisten tatsächlich eine recht beachtliche Stellung zu sichern gewußt, und Castro selbst hat kürzlich gegenüber dem Korrespondenten der «Unità», des Zentralorgans der italienischen KP, zugegeben, daß seine Regierung jetzt «loyal und brüderlich» mit den Kommunisten zusammenarbeite, während im Anfang die Kommunisten die Revolutionäre um Castro mit Mißtrauen betrachtet hätten, weil die Guerillakämpfer «noch voller Vorurteile und kleinbürgerlicher Fehler» gewesen seien. Aber daß Kuba nun kommunistisch geworden sei, kann man trotzdem nur behaupten, wenn man den Charakter der kubanischen Revolution — absichtlich oder unabsichtlich — verkennt. Das ganze geistige Klima ist in Kuba anders als in der Sowjetunion oder in China; die Ideologie ist verschieden von derjenigen der kommunistisch regierten Länder des Ostens, und die Führerschaft wie die Anhänger und Träger der kubanischen Volksrevolution haben ein wesentlich anderes Gesicht und Gehaben, als wir es von den *wirklichen* Jüngern Lenins und Stalins her kennen.

Wenn aber den Vereinigten Staaten ehrlich daran gelegen ist, dem Kommunismus nicht stärkeren Einfluß in Kuba zu verschaffen und Kuba nicht immer mehr an die Seite des Ostblocks zu drängen, dann brauchen sie nur das *sozialistische* Regime in Kuba anzuerkennen und auf den Versuch zu verzichten, dem angeblich freien Unternehmertum aufs neue die Herrschaft über die Inselrepublik zu sichern. Und das ist ja überhaupt auch die Lage im Weltmaßstab: Soll den Völkern nicht einfach die Wahl zwischen Kapitalismus und Kommunismus bleiben, dann müssen sich die Westmächte und ihre Parteigänger mit der Tatsache abfinden, daß die Zukunft dem *Sozialismus* gehört — einem freiheitlichen, volkstümlichen Sozialismus — und den Kalten Krieg gegen den Osten einstellen. Nur dann wird die neu aufsteigende Welt, die mit dem Kapitalismus gebrochen hat, das Schwert ablegen und einzig die Kelle gebrauchen können; nur dann wird der Übergang zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung ohne Diktatur im Innern und ohne Kriegsrüstung nach außen vollzogen werden können; und nur dann wird die Demokratie — eingeschlossen die Sozialdemokratie — und wird die Christenheit, die bisher beide die soziale Revolution dem Kommunismus überlassen haben, sich hoffentlich wieder auf sich selbst besinnen und ihre Kräfte in den Aufbau eines neuen Gemeinschaftslebens hineinströmen lassen. Ob wohl Kennedy von dieser Lage und Aufgabe eine Ahnung hat? Er könnte, wenn er danach handelte, Wunder wirken.

11. Februar

Hugo Kramer

Die neue Kongokrise Seit dem Abschluß der Weltrundschau (Nachtrag) sind im *Kongo* Ereignisse eingetreten, die doch noch einigen knappen Bemerkungen rufen. Die Verschleppung *Lumumbas*, des vom Parlament rechtmäßig gewählten, also durch den Gewaltstreich Mobutus abgesetzten Ministerpräsidenten der Republik Kongo, nach der abgefallenen Provinz Katanga ließ gleich das Schlimmste für das Schicksal dieses Mannes befürchten. Und tatsächlich ist denn auch Lumumba von Beauftragten der Regierung Tschombe kurz darauf — nach der vom Nazismus der berüchtigten verlogenen Formel — «auf der Flucht erschossen», das heißt ermordet worden. Die «Flucht» war sicher nur Tarnung. Die Schandtats hat denn auch in der ganzen Welt Empörung hervorgerufen. Und die Sowjetunion, die schon bisher scharfe Kritik an der UNO-Aktion im Kongo geübt hatte, deren diplomatische Vertretung aus dem Kongo ausgewiesen worden war und die sich in der Tragung der Kosten für die Aktion nicht mehr beteiligt hatte, stellt bereits im Sicherheitsrat Forderungen, die auf eine radikale Schwenkung der UNO-Politik hinauslaufen.

Einige dieser Forderungen gehen zweifellos zu weit, so die Einstellung der ganzen UNO-Aktion im Kongo und die Absetzung von

Generalsekretär Hammarskjöld. Aber daß nun nach allem, was geschehen ist, eine *gründliche Änderung der Politik der Vereinten Nationen im Kongo* fällig geworden ist, daran ist ebensowenig ein Zweifel möglich. Die «Nichtintervention in die inneren Verhältnisse des Kongo», wie sie bisher unter dem Druck der Westmächte geübt wurde, hat ja gänzlich Schiffbruch erlitten; sie führte nur dazu — und *sollte* dazu führen —, daß unter ihrem Schutz die Belgier, die wesentlich schon für die bekannte Meuterei der Force Publique verantwortlich waren und den Katanga nach wie vor beherrschen, auch in die übrigen Provinzen zurückkehrten, daß sich die Separatistenregierung im Katanga immer fester einrichten konnte, daß am Sitz der Zentralregierung Mobutu und Kasavubu ihre Diktatur aufrichteten und mit fremdem Geld eine Privatarmee aufstellten — kurz, daß Bürgerkrieg und Chaos mehr und mehr überhandnahmen und der Kongo dem Ruin entgegentrieb. Soll das anders werden, dann wird die UNO endlich den *Ursachen* der Wirren an die Wurzel gehen müssen, statt nur ihre Symptome unterdrücken zu wollen; sie wird Tschombe wie Mobutu absetzen, ihre Streitkräfte auflösen, die Belgier zur Ordnung weisen und die Regierungen der beiden Provinzen Orientale und Kivu, die von den Anhängern der Partei Lumumbas gebildet wurden, als Kern einer neuen Republik Kongo anerkennen und mit ihnen am Wiederaufbau des Landes zusammenarbeiten müssen. Die Aussichten, daß die Westmächte sich zu einer solchen heilsamen Operation entschließen werden, sind freilich schwach; man wird sich hinter den Widerstand gegen die *übertriebenen* Forderungen der Sowjetunion und einer Reihe von afrikanischen wie asiatischen Staaten verschanzen, um die *berechtigten* und längst notwendig gewordene Neuorientierung der Kongo-politik der UNO zu hintertreiben. Die Folge wird sein, daß der Kongo zum Spielball einer Machtpolitik der beiden feindlichen Lager wie der unabhängigen Staaten werden wird, die die schwersten Gefahren nicht nur für den Kongo und das übrige Afrika, sondern auch für den Weltfrieden in sich birgt.

16. Februar

H. K.

J. F. Stone's *Weekly*, New York, äußerte sich am 12. Dezember 1960 wie folgt über die Kongokrise: «Die belgischen Großkapitalisten und ihre Katanga-Partner, die Rockefellers, gewinnen die Oberhand, den Schaden tragen wir alle: Das aufstrebende Afrika verliert das Vertrauen in die UNO, und der ‚Kalte Krieg‘ hat einen neuen Brandherd geschaffen, während doch die Welt ein Nachlassen der Spannung zu weiteren Verhandlungen so nötig hätte. Der Dschungel breitet sich vom Kongo aus.»